

Der 9. November 1989 in Berlin

1. Einleitung
2. Der Zusammenbruch der DDR: Szenen des Zerfalls
 - 2.1. Reisen und Ausreisen als Staatsproblem
 - 2.2. Bruderzwist im Warschauer Pakt
 - 2.2.1. Der KSZE-Folgeprozeß in Wien
 - 2.2.2. Die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze
 - 2.3. Massenflucht und Abschottungsversuche
 - 2.4. Die „Wende“ in der Reisefrage: Der Reisegesetz-Entwurf
3. Vor dem Bankrott: Die ökonomische Lage der DDR
4. Ost-Berlin – Moskau: „Die deutsche Frage – kein Problem der aktuellen Politik“
5. Ost-Berlin – Bonn: Das „Geheimkonzept für die BRD“ und sein Scheitern
6. Der Fall der Mauer
 - 6.1. Der Reisebeschluß des Zentralkomitees
 - 6.2. Die Pressekonferenz von Günter Schabowski
 - 6.3. Der Mauerdurchbruch
7. Ausblick
8. Anhang
 - 8.1. Verzeichnis der benutzten Archive
 - 8.2. Abkürzungsverzeichnis
 - 8.3. Literaturverzeichnis

1. *Einleitung*

Der Fall der Mauer in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 führte zum Ende der DDR. Die spontane Vereinigung von unten, die in dieser Nacht und an dem sich anschließenden Wochenende von Berlin ausgehend überall gefeiert wurde,¹ bildete die Overtüre für die staatliche Einheit Deutschlands.

Die Teilung Deutschlands währte fünfundvierzig Jahre. Die politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung in den vier Besatzungszonen, aus denen 1949

1 Über fünf Millionen Menschen aus der DDR besuchten an diesem Wochenende die Bundesrepublik.

die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik hervorgingen, legten die Siegermächte des II. Weltkrieges fest. Sie blieben über all die Jahre für beide deutsche Staaten Garantmächte für deren Abgrenzung nach außen wie für die Aufrechterhaltung ihrer Ordnung nach innen. Während die „Westdeutschen“ nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur die ihnen von den Westmächten „verordnete Demokratie“² vor dem Hintergrund steigenden Wohlstandes akzeptierten, der demokratische Verfassungsstaat über vierzig Jahre einen stabilen Ordnungsrahmen bot und sich ein gesellschaftlicher Konsens über die im Grundgesetz verankerten Wertvorstellungen herausbildete, blieb der von der Sowjetunion oktroyierten kommunistischen Einparteienherrschaft in der DDR die innere Legitimität bis 1989 versagt.

Die staatliche Existenz der DDR war zu keinem Zeitpunkt Ausdruck der Volkssouveränität. Sie beruhte, wie die militärische Niederschlagung des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 vor Augen führte, auf der Bestandsgarantie der Sowjetunion sowie deren imperialem Machtanspruch und Machtwillen und war nur durch die Einmauerung der Bevölkerung am 13. August 1961 aufrechtzuerhalten. Der Verzicht auf den Mauerbau, so Honecker 1992 vor dem Berliner Landgericht, hätte bereits 1961 zur Aufgabe der DDR geführt.³ Bewacht von mit Maschinenpistolen bewaffneten Grenzsoldaten, gesichert mit Selbstschußanlagen und Minenfeldern, Betonplattenwänden, Metallgitterzäunen und Stacheldraht, Beobachtungstürmen und Bunkern, Kraftfahrzeugsperrgräben und Hundelaufanlagen, Kontakt- und Signalzäunen, sorgte die Mauer dafür, daß nicht abhanden kam, was jede Regierung als Lebenselixier dringend benötigt: ein Volk. Über achthundert Menschen, die das Land dennoch verlassen wollten, verloren bei der Flucht aus der DDR ihr Leben. Allein der Versuch, die Berliner Mauer zu überwinden, endete zwischen 1961 und 1989 für einhundertzweiundzwanzig Menschen tödlich; sie starben im Minenfeld oder im tödlichen Feuerhagel von Maschinengewehrsalven.⁴ Tausende von Fluchtwilligen verfangen sich bereits bei der Vorbereitung ihrer Flucht im Netz der flächendeckenden Bespitzelung des Staatssicherheitsdienstes und wurden verhaftet, bevor sie überhaupt in die Nähe der Grenze kamen.

Die imperiale Machtformel für die Existenz der DDR und die Partnerschaft im sozialistischen Bruderbund war zwischen KPdSU und SED kein Geheimnis, sondern Gegenstand intimen Gedankenaustausches. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Ablösung Walter Ulbrichts schärfte Leonid Breschnew dessen designiertem Nachfolger Erich Honecker im Juli 1970 ein: „Wir haben doch Truppen bei Ihnen. Erich, ich sage Dir ganz offen, vergesse

2 Vgl. Pirker 1977.

3 Vgl. den Abdruck der persönlichen Erklärung Honeckers vor dem Berliner Landgericht, in: Neues Deutschland, 4.12.1992.

4 Vgl. Arbeitsgemeinschaft 13. August (1994).

das nie: die DDR kann ohne uns, ohne die SU, ihre Macht und Stärke – nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR. Die Existenz der DDR entspricht unseren Interessen, den Interessen aller sozialistischen Staaten.“⁵ Einen zweiten Merksatz gab Breschnew Honecker nur einen Monat später auf den künftigen Weg als Generalsekretär der SED mit: „Es gibt, es kann und es darf zu keinem Prozeß der Annäherung zwischen der DDR und der BRD kommen.“⁶ Diesbezügliche Absichten hatte Moskau offenbar Ulbricht unterstellt und so dessen Ablösung beschleunigt.

Auf westdeutscher Seite leitete der Mauerbau ein Umdenken bezüglich der weiteren Gestaltung der innerdeutschen Beziehungen ein. Im Zuge der amerikanisch-sowjetischen Entspannungspolitik wurde der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für ganz Deutschland als Handlungsmaxime der Regierungspolitik der fünfziger und frühen sechziger Jahre fallengelassen. Er machte allmählich einem „neuen deutschlandpolitischen Denken“ Platz, das sich schließlich im Grundlagenvertrag von 1972 niederschlug: „Das neue deutschlandpolitische Denken trennte die normative Ebene – also den Gegensatz der Ordnungssysteme und Wertvorstellungen – von der pragmatischen Ebene – der Kooperation über Systemgrenzen hinweg. Man vollzog den Übergang vom Alleinvertretungsanspruch zum Prinzip des Status der Gleichberechtigung zwischen beiden Staaten, verbunden mit dem Ziel, gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln.“⁷ In politischen Grundsatzfragen – wie der nationalen Frage, in der die Bundesregierungen an das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes gebunden waren, und der Frage der Staatsbürgerschaft – wurden die unterschiedlichen Auffassungen jedoch festgeschrieben.⁸

Der Verzicht auf den Alleinvertretungsanspruch Bonns bewirkte eine Welle der internationalen Anerkennung der DDR. Doch trotz des außenpolitischen Stabilitätsgewinns blieb die innenpolitische Lage der DDR prekär. Der 17. Juni war zum Trauma der SED-Führung geworden, das durch die Volksaufstände und Arbeiterunruhen in den Nachbarländern stets wiederbelebt wurde. Die Wiederkehr eines Volksaufstandes in der DDR zu verhindern, wurde als Aufgabe nicht allein dem Staatssicherheitsdienst anvertraut, sondern zur obersten Maxime der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED gemacht. Das von Honecker (vor dem Hintergrund der im Dezember 1970 gegen die Erhöhung von Lebensmittelpreisen gerichteten polnischen Arbeiterdemonstrationen) inspirierte und vom VIII. Parteitag der SED 1971 beschlossene Programm der „Einheit von

5 Protokoll einer Unterredung zwischen L.I.Breshnew und Erich Honecker am 28. Juli 1970 (SAPMO BArch, ZPA-SED, J IV 2/2A/3196).

6 Zu den Gesprächen Gen. L.I.Breshnew, 20.8.1970, S. 3 (SAPMO BArch, ZPA-SED, J IV 2/2A/3196).

7 Weidenfeld 1989, S. 20.

8 Vgl. die Präambel des Grundlagenvertrages vom 21.12.1972 sowie den Vorbehalt zu Staatsangehörigkeitsfragen durch die Bundesrepublik Deutschland, dok. in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen 1980, S. 205 ff.

Wirtschafts- und Sozialpolitik“ mit seinen Lohn- und Rentenerhöhungen, der Verbesserung der Versorgungs- und Wohnsituation sowie zahlreichen sozialpolitischen Maßnahmen zielte darauf ab, „mangelndes Legitimationseinverständnis durch materielle Versorgung und soziale Sicherheit zu kompensieren.“⁹ Doch der erhoffte Effekt blieb aus. Stattdessen überforderte die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ die ökonomische Leistungsfähigkeit der DDR, trieb sie in eine wachsende Verschuldung nach innen und außen und trug so letztendlich dazu bei, die Existenzfähigkeit des Systems zu untergraben, zu dessen Stabilisierung sie erfunden worden war.¹⁰

Den realsozialistischen Nachbarländern ging es ökonomisch nicht besser, sondern schlechter. Eine Serie von Mißernten in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, die militärische Intervention in Afghanistan am 27. Dezember 1979 und die immensen Militärausgaben¹¹ erschöpften die Sowjetunion ökonomisch zusehends; sie zeigte sich immer weniger in der Lage, die politischen Kosten für den Unterhalt ihres Imperiums aufzubringen. Während sie der DDR 1978 noch mit einem 1,5 Milliarden Rubel-Kredit vorübergehend aus den Schwierigkeiten half, ließ sie Polen und Rumänien kurze Zeit später im Regen stehen: beide Länder sahen sich gezwungen, ihre Zahlungsunfähigkeit gegenüber den West-Gläubigern anzuzeigen. Der Verzicht auf eine direkte militärische Intervention in Polen 1981¹² und die ab 1982 wirksam werdenden Kürzungen der Erdöllieferungen zu RGW-Preisen an die Verbündeten, um mit dem Öl freie Devisen zu erwirtschaften, waren erste Anzeichen für die Erschöpfung der sowjetischen Globalstrategie, die zum damaligen Zeitpunkt freilich kaum erkannt wurden.¹³

Schon zu Beginn der achtziger Jahre sah sich die Sowjetunion außerstande, die DDR weiterhin vor dem drohenden ökonomischen Absturz und seinen unabsehbaren innenpolitischen Folgen zu bewahren. Als Hauptlieferant von Rohstoffen hatte die Sowjetunion in den siebziger Jahren im RGW von deren steigenden Preisen profitiert. Mit dem Fall der Rohstoffpreise in den achtziger Jahren wurde sie zum Verlierer, weil der Wertumfang der von den Verbündeten im Warenaustausch bereitzustellenden Güter sank. Die ökonomische Schwäche der Sowjetunion, deren Entscheidungszentrum zudem in der langen Siechtumsphase Breschnews durch Machtkämpfe um dessen

9 Lepsius 1994, S. 10.

10 Vgl. Hertle 1992a, 1992b, 1992c.

11 Realistischen westlichen Schätzungen zufolge lag der Anteil der gesamten sowjetischen Verteidigungsaufwendungen am Bruttosozialprodukt bei 15 bis 17 Prozent. Vgl. Weiß 1990, S. 310.

12 Zur Politik der SED-Führung gegenüber der Entwicklung in Polen 1980–1982 siehe Wilke u. a. 1993 a und 1993b.

13 Vgl. Sieber 1992.

Nachfolge gelähmt war¹⁴, vergrößerte den innerdeutschen Handlungsspielraum im Machtdreieck zwischen Moskau, Ost-Berlin und Bonn.

Seit dem 13. Dezember 1981, dem Tag der Verhängung des Kriegsrechts in Polen, richteten sich „die Sanktionen des Imperialismus“ auch gegen die DDR, klagte Honecker Ende 1982 gegenüber dem polnischen Außenminister Olszowski: „Die DDR hat seit diesem Zeitpunkt keinen Dollar Kredit erhalten.“ Dennoch sei es möglich, fuhr Honecker optimistisch fort, „auf Grund der unterschiedlichen Interessenlage der imperialistischen Staaten Lücken zu finde.“¹⁵ Die Lückensuche, die die drohende Senkung des Lebensstandards in der DDR und die dabei zu erwartenden Konflikte zu vertagen half, fand ein halbes Jahr später in der Bundesrepublik ein erfolgreiches Ende. Nicht zuletzt aufgrund massiver Drohungen der SED-Spitze, daß „die Schotten (zur Bundesrepublik, d.Vf.) dichtgemacht“ würden, wenn der Handel mit der DDR „eingeschränkt oder nicht durchgeführt“ werde, und daß die DDR in diesem Fall eben ihre „Aufgaben mit Hilfe des RGW lösen“ werde,¹⁶ gewährte die Bundesregierung der DDR in den Jahren 1983 und 1984 zwei Kredite über eine Milliarde bzw. 950 Millionen DM und stellte damit ihre Bonität auf den internationalen Finanzmärkten wieder her.¹⁷ Als sein und des Bundeskanzlers

14 Zum „kurzen Schauspiel der Gerontokraten“ an der sowjetischen Führungsspitze anfang der achtziger Jahre vgl. Voslensky 1989. – Über den Zustand Breschnews während seiner letzten Lebensjahre äußerte sich der bulgarische Parteichef Todor Schiwkoff in einem Gespräch mit dem ungarischen Kádár-Nachfolger Károly Grósz im April 1989: „Sieben bis acht Jahre war Breshnew eine Leiche. Und Kádár weiß, und ich weiß, daß man absolut keinen Dialog mit ihm führen konnte. Wir gehen hin, ich sage ihm etwas, der Dolmetscher übersetzt es, und Tschernenko erklärt ihm, was ich gesagt habe. Dialoge kamen nicht zustande. Zum Schluß las Breshnew nicht einmal mehr, und Tschernenko las, was ihre Anmerkungen zu unserer Angelegenheit sind.“ (Über das Gespräch des Genossen Todor Schiwkow mit Genossen Károly Grósz, 17. April 1989, Residenz „Bojana“, in: SAPMO BArch, ZGA-FDGB, FDGB-BUVO o.Nr.) Die Aufzeichnung des Gespräches, die keinen Verfasser nachweist und derzufolge Schiwkow Grósz unverhüllt zur Niederschlagung der ungarischen Opposition aufforderte, wurde von Honecker am 6.6.1989 abgezeichnet und an alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros verteilt.

15 Vermerk über ein Gespräch des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der VRP, Stefan Olszowski, am 4.11.1982, S. 10 (BA/P, E-1-56275).

16 So die nach der Aufzeichnung Schalcks an Strauß übermittelte Position Honeckers (Alexander Schalck, Niederschrift über das geführte Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der CSU, F.J. Strauß, dem Staatsminister im Bundeskanzleramt, Jenninger, und Genossen Schalck am 5.6.1983 in Spöck/Chiemsee, Berlin, den 6.6.1983, S. 3, in: Deutscher Bundestag 1994/Anlagenband 3, Bl. 3395). – Bereits im August 1982 hatte Schalck dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Bräutigam, unter Hinweis auf das Krim-Gespräch zwischen Honecker und Breshnew versucht deutlich zu machen, daß die Bundesregierung in den Sog des „praktizierten Wirtschaftskrieges“ und der weiteren internationalen Zuspitzung einbezogen werde, „wenn nicht deutliche Signale zur Wiederherstellung der über Jahrzehnte hinweg praktizierten Kreditbeziehungen zwischen der DDR und internationalen Großbanken, darunter auch zu Banken der BRD, gegeben werden.“ (Alexander Schalck, Vermerk über ein Gespräch zwischen Genossen Schalck und Bräutigam am 26.8.1982, Berlin, den 26.8.1982, in: SAPMO BArch, ZPA-SED, Büro Mittag, vorl. SED 42177, Band 1)

17 Wie der Abschlußbericht des „Schalck-Untersuchungsausschusses“ des Bayerischen Landtages zeigt, sind die beiden Milliardenkredite viel zu selten als Sternstunde deutsch-deutscher Staatskunst und als einer jener Glücksfälle in der Politik gewürdigt worden, bei denen Staats-, Parteien-, Wirtschafts- und Privatinteressen zum Nutzen aller Seiten zusammengeführt und realisiert wurden. Mit der

zentrales Motiv hob der bayerische Ministerpräsident Strauß, der den ersten Kredit für die Bundesregierung einfädelt, gegenüber Honeckers Unterhändler Schalck hervor, „daß die Abkapselung der DDR im RGW der Entwicklung des Friedens in Europa, besonders der allseitigen Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, nicht dienlich sein wird.“¹⁸ Der politische Preis, den die DDR für ihre ökonomische Stabilisierung zu zahlen bereit war, war nicht gering und zeigte, wie hart sie der Kreditboykott getroffen hatte.¹⁹ Erstens konzedierte sie mit dem Abbau der Tötungsautomaten an der innerdeutschen Grenze eine Veränderung des Grenzregimes, Erleichterungen im Reise- und Besucherverkehr sowie eine „großzügigere“ Genehmigungspraxis bei Übersiedlungsanträgen ihrer Bürger. Und zweitens ging sie mit dieser deutsch-deutschen Politik nach dem Scheitern der amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgespräche in Genf in einer Zeit härtester weltpolitischer Konfrontationen um die Stationierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen und den Nachrüstungsbeschluß der NATO, untermauert mit Honeckers Formeln von einer „Politik der Schadensbegrenzung“ und „Koalition der Vernunft“, auf geradezu demonstrative Weise auf Abstand zur außenpolitischen Generallinie der Sowjetunion. Diese Generallinie verlangte von ihren Verbündeten, sich einem Rückfall in den Kalten Krieg unterzuordnen und sich auf eine neue „Eiszeit“ in den Ost-West-Beziehungen einzurichten. Im August 1984 wurden Honecker,

Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der DDR gelang es Strauß und Kohl auf der einen und Schalck und Honecker auf der anderen Seite zweifellos, den Eintritt einer politischen Krisensituation in der DDR zu vertagen, deren Lösung sich zur damaligen Zeit kaum von der polnischen – der Verhängung des Kriegsrechts – unterschieden hätte. Zum Wohle der deutschen Wirtschaft insgesamt blieb der innerdeutsche Handel erhalten. Darunter befand sich im speziellen auch das Fleischgeschäft mit der DDR. Dessen Weiterführung hatte der Rosenheimer Fleisshändler Josef März, ein Jugendfreund von Franz Josef Strauß, zu seinem Herzensanliegen gemacht. Trotzdem fand März Zeit, Schalck einen Zugang zu Strauß zu verschaffen, wodurch das Kreditprojekt vorangetrieben wurde. Eine spätere Mitteilung von Schalck an Staatssicherheitschef Mielke, das Unternehmen März wirke als „gedeckte Finanzquelle der CSU“, hat weder die CSU noch der Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages bestätigen können (Alexander Schalck, Vermerk für Genossen Minister Mielke, Berlin, 27.10.1988).

In der leidigen Frage des Verbleibes der „Provisionen“, die sich bei beiden Krediten zusammengenommen auf rund siebzehn Millionen DM beliefen, schuf er jedoch Aufklärung: Sie flossen entsprechend der banküblichen Gepflogenheiten an die das kreditgebende Banken-Konsortium führende Bayerische Landesbank. Dort seien sie verblieben, sofern sie nicht weitergegeben wurden – an die anderen beteiligten Banken (vgl. Bayerischer Landtag 1994).

18 Ebd., S. 7 (Bl. 3399). Zu seiner politischen Motivation, den Kredit einzufädeln, vgl. Strauß 1989, S. 476.

19 In einer Information über die Kostenentwicklung im Bereich „Kommerzielle Koordinierung“ teilte Schalck Günter Mittag 1988 rückblickend mit: „In den Jahren 1981–1983, in denen Kredite von den Banken überhaupt nicht gewährt und selbst ihre kurzfristigen Depoteinlagen von unseren Banken abgezogen wurden, mußte alles Geld über äußerst kurzfristige Warentransaktionen beschafft werden, die Kosten von 35–45%, zum Teil bei Ex-/Import-Geschäften bis zu 60% pro Jahr verursachten. Die Bezahlung dieser Kosten wiederum war auch nur durch derartige Transaktionen möglich, auch sie wurden praktisch bis zum Folgejahr kreditiert.“ Nach der Gewährung der Milliardenkredite ging die Kostenbelastung des Bereichs KoKo über zwanzig Prozent im Jahr 1985 auf fünfzehn Prozent im Jahr 1987 zurück (A. Schalck, Information zur Kostenentwicklung. Brief an Günter Mittag, Berlin, den 5.9.1988, S. 1).

Hager, Axen und Mielke zum Rapport nach Moskau zitiert. Tschernenko als Interims-Generalsekretär, Gorbatschow, der noch Landwirtschaftssekretär des ZK der KPdSU war, Verteidigungsminister Ustinow und Tschebrikow, der damalige KGB-Chef, saßen den SED-Politbüromitgliedern gegenüber. In scharfer Form wies Tschernenko Honeckers Formulierungen über die „Schadensbegrenzung“ und die „Koalition der Vernunft“ als Losungen zurück, die von denjenigen ausgenutzt würden, „die versuchen, ihre Politik zu tarnen, die Menschen durch Phrasen ohne Klassensinn zu täuschen.“²⁰ Als Beispiel für eine solche Phrase, die „nur Heuchelei, nur ideologische Tarnung“ sei, zitierte Ustinow Bundeskanzler Kohl, der in Übereinstimmung mit Honecker mehrfach erklärt hatte, daß von deutschem Boden nie mehr eine Gefahr für den Frieden ausgehen dürfe.²¹ Die für die Kredite gewährten Reiseerleichterungen, kam Tschernenko zur Sache, seien „vom Standpunkt der inneren Sicherheit der DDR zweifelhaft und stellen einseitige Zugeständnisse an Bonn dar. Sie (Honecker und seine Begleitung, d.Vf.) erhalten dadurch finanzielle Vorteile, aber in Wirklichkeit sind das scheinbare Vorteile. Hier geht es um zusätzliche, finanzielle Abhängigkeiten der DDR von der BRD. Die Ereignisse in Polen sind eine schwerwiegende Lehre, aus der man Schlußfolgerungen ziehen sollte.“²² Eine Schlußfolgerung der KPdSU gab Tschernenko der SED-Spitze mit auf den Heimflug. Er „bat“ die Ost-Berliner Genossen, vom Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Abstand zu nehmen, denn: „Wenn es zu einer Annäherung mit der BRD auf dem Wege der Schwächung der Positionen des Sozialismus durch ungewollte Ermunterung der Ansprüche Bonns gegenüber der DDR kommt, so würde das uns allen einen großen Schaden zufügen.“²³ Der höflichen sowjetischen Bitte mochte sich die SED-Führung nicht verschließen; der bereits geplante Besuch Honeckers wurde abgesagt.

Die außenpolitischen Meinungsverschiedenheiten wurden bereits im März 1985 mit der Wiederaufnahme der Genfer Abrüstungsverhandlungen der Supermächte gedämpft, doch die sowjetischen Befürchtungen bezüglich der ökonomischen Lage der DDR blieben virulent. Stetig wuchs ihre Verschuldung bei westlichen Banken, und trotz aller Abgrenzungsrethorik stieg die Abhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik, vor allem mit von den regelmäßigen Transferzahlungen, die ihr aus den über dreißig Verträgen und Vereinbarungen mit Bonn zufflossen²⁴. Allen Regierungsparteien in Bonn war

20 Niederschrift über das Treffen zwischen Genossen Erich Honecker und Genossen Konstantin Ustinowitsch Tschernenko am 17. August 1984, S. 51 (SAPMO BArch, ZPA-SED, J IV 2/2A/2678).

21 Ebd., S. 69.

22 Ebd., S. 48.

23 Ebd., S. 50.

24 Aufgrund von Abkommen und Vereinbarungen erhielt die DDR zwischen 1978 und 1989 über elf Milliarden DM von der Bundesrepublik (vgl. A. Schalck, Information zur Kostenentwicklung, Brief an Günter Mittag, Berlin, den 5.9.1988, S. 4). Über die Kanäle der evangelischen Kirche flossen im gleichen Zeitraum zusätzlich rund 2,4 Milliarden DM für den Freikauf von Häftlingen aus Bundesmitteln in die DDR (vgl. Whitney 1993, S. 400).

die Abmilderung der Folgen der Diktatur ein Gebot nationaler Solidarität; der DDR verhalf der schwunghafte Handel mit „humanitären Erleichterungen“, vor allem mit der vorzeitigen Freilassung von Häftlingen und der Erweiterung von Reisemöglichkeiten, solange zu dem dringend benötigten zusätzlichen Einkommen, wie die Säulen der Diktatur stabil blieben: die Bestandsgarantie der Sowjetunion und die Mauer.

Wie die folgende Studie zeigt, waren jedoch beide Grundpfeiler der Existenz der DDR am Vorabend der Maueröffnung brüchig geworden. Wegen der ökonomischen Krise ihres Landes sah sich die politische Führung der Sowjetunion seit 1987 gezwungen, auf die westliche Verhandlungsstrategie in Wien einzugehen, die Fortschritte bei den Abrüstungsverhandlungen, eine Ausweitung der Handelsbeziehungen und wirtschaftliche Hilfeleistungen von Zugeständnissen der Sowjetunion im humanitären Bereich auf der Wiener KSZE-Folgekonferenz abhängig machte. Ohne Abstimmung mit ihren Verbündeten und unter Verletzung insbesondere der Interessen der DDR waren Gorbatschow und Schewardnadse zu weitgehenden Zugeständnissen in Menschenrechtsfragen bereit, wozu auch die Zusicherung von Freizügigkeit gehörte. Spätestens seit der Unterzeichnung des Abschlußdokuments des Wiener KSZE-Folgetreffens im Januar 1989 war der SED-Spitze klar, daß sie der Frage der Reise- und Ausreisefreiheit nun nicht mehr allein wegen der Angriffe westlicher Staaten, sondern auch wegen der fehlenden Solidarität für ihre Position im eigenen Bündnis nicht mehr lange ausweichen konnte.

Die Auseinanderentwicklung der Interessen der realsozialistischen Bruderländer kulminierte am 10. September 1989 in der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze für DDR-Bürger. Eine doppelte Bewegung von Massenausreise und Massenprotest leitete danach den Umbruchprozeß in der DDR ein; die Staatsautorität erodierte. Der Selbstbefreiungsakt des Volkes, das am 9. November die Mauer durchbrach, führte den Zusammenbruch der SED-Diktatur nicht zuletzt deshalb so schnell herbei, weil die Sowjetunion ihr militärischen Beistand verweigerte.

2. *Der Zusammenbruch der DDR: Szenen des Zerfalls*

Nach der ausdrücklichen Ermunterung durch Michail Gorbatschow während seines Besuches zum 40. Jahrestag der DDR am 6. und 7. Oktober 1989 in Ostberlin („Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“²⁵) und einer

25 „Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben sofort“, lautete Gorbatschows Ausspruch bei einem Treffen mit dem SED-Politbüro; er bezog sich eigentlich auf seine eigenen Erfahrungen im Umgestaltungsprozeß der Sowjetunion. Vgl. Stenographische Niederschrift des Treffens der Genossen des Politbüros des Zentralkomitees der SED mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen Michail Sergejewitsch Gorbatschow, am Sonnabend, dem 7. Oktober 1989 in Berlin-Niederschönhausen, dok. in: Mittag 1991, S. 367.